Durchgeführt von:







aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Erfolgreicher Klimaschutz durch Emissionshandel

Die Ukraine führt ein landesweites Emissionshandelssystem ein und leistet so einen Beitrag zum Klimaschutz



Herausforderung: Komplexe Aufgaben für die Regierung

Der Klimawandel hat bereits heute spürbare Auswirkungen auf der ganzen Welt und stellt Staaten vor große Herausforderungen. Im Kampf gegen den Klimawandel sollen Emissionshandelssysteme einen wesentlichen Beitrag leisten: Regierungen legen Obergrenzen für den Ausstoß von Treibhausgasen für ihre Länder fest und Unternehmen erhalten Emissionszertifikate, die ihnen den Ausstoß festgesetzter Mengen an Treibhausgasen zugestehen. Je nach Bedarf können sie die Zertifikate selbst nutzen oder weiterverkaufen. Die verfügbare Gesamtmenge aller Zertifikate ("Cap") wird im Laufe der Zeit stetig verringert und somit ein Rückgang der Gesamtemissionen erzielt.

Die ukrainische Wirtschaft ist traditionell stark von der Schwerindustrie geprägt. Gemessen an der Wirtschaftsleistung stößt das Land dreimal so viel Kohlendioxid aus wie der EU-Durchschnitt. Selbst im weltweiten Vergleich ist der Ausstoß in der Ukraine doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Nicht zuletzt deshalb hat sich die Ukraine verpflichtet, ihre Klimapolitik anzupassen. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und



der Ukraine beinhaltet neben anderen Reformen einen Beschluss zur Einführung eines Emissionshandelssystems. Die Verankerung des Systems verantwortet das Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen. Diese komplexe und ehrgeizige Aufgabe stellt das Ministerium vor eine große Herausforderung, bietet zudem aber auch Möglichkeiten für Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.



Obergrenzen für Treibhausgasemissionen tragen zur Eindämmung des Klimawandels bei

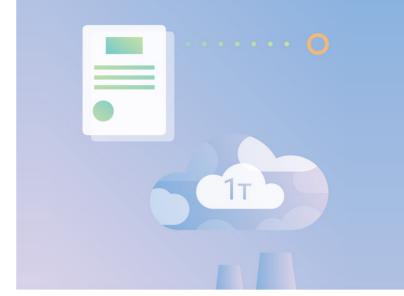
Unser Lösungsansatz: Marktbasiert erfolgreichen Klimaschutz ermöglichen

Im Auftrag der Bundesregierung Deutschlands unterstützt die GIZ das Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine beim Aufbau eines Emissionshandelssystems. Dafür arbeitet die GIZ eng mit dem Ministerium zusammen, unter anderem bei der Einführung eines der grundlegenden Komponenten des Emissionshandelssystems: dem System für Monitoring, Verifizierung und Berichterstattung (MRV).

Die GIZ unterstützt das Ministerium dabei, notwendige Anpassungen in der Gesetzgebung vorzunehmen und ein Datenmanagementsystem zu etablieren. Auf dieser Grundlage kann eine zuverlässige und präzise Emissionsdatenbank geschaffen werden – die Voraussetzung für ein Emissionshandelssystems, das den Treibhausgasausstoß der

Unternehmen erfolgreich festlegt und nachhält. Deutsche Expertinnen und Experten beraten das Personal im Ministerium zur Höhe des Cap und zu Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine. Um ein effektives Emissionshandelssystem mit einem hohen Maß an öffentlichem Zuspruch aufzubauen, werden alle wichtigen Akteure in diesen Prozess einbezogen.

Das Emissionshandelssystem ist ein transparentes und effizientes Instrument, das Emissionen mit geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten reduziert. Die Zertifikate erhalten durch den Handel einen Preis – und damit auch die Emissionen. Unternehmen, die nicht alle ihrer zugeteilten Emissionszertifikate nutzen, können mit diesen handeln und sie an Unternehmen verkaufen, die mehr Treibhausgase ausstoßen. Ukrainische Unternehmen können über einen möglichen Gewinn aus dem Zertifikatshandel umweltschonende Technologien einsetzen oder refinanzieren. Davon profitieren nicht nur die Unternehmen in der Ukraine, sondern vor allem auch Umwelt und Bevölkerung.



Für jede Tonne Emissionen sollte ein Emissionszertifikat vorhanden sein

Durch das Emissionshandelssystem erhalten Treibhausgasemissionen einen Preis

Unsere Wirkungen: Einführung eines Systems für Monitoring, Verifizierung und Berichterstattung

Bei der Einführung des Emissionshandelssystems berät die GIZ alle relevanten Akteure auf Regierungsebene. So entsteht unter anderem eine Behörde mit integralen Strukturen im Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen, die das Emissionshandelssystem umsetzt. Die GIZ unterstützt das Ministerium bei der Ausarbeitung eines erforderlichen rechtlichen Rahmens und nachgeordneter Rechtsakte. Außerdem begleitet die GIZ das Ministerium bei der Verankerung eines Systems für Monitoring, Verifizierung und Berichterstattung, das im Januar 2021 erfolgreich eingeführt werden konnte und mehr als 1.000 ukrainische Anlagen umfassen sollte.

Damit die benannte zuständige Behörde Emissionsdaten professionell auswerten, verarbeiten und speichern kann, entwickelten Projektexpertinnen und -experten ein spezielles Tool, von dem auch Unternehmen profitieren: Webbasiert und benutzerfreundlich bietet es die Möglichkeit, schnell und einfach Anlagen zu registrieren sowie Überwachungspläne und jährliche Emissionsberichte einzureichen. Das Vorhaben bietet auch Schulungen zu MRV-Fragen für die zuständige Behörde und die beteiligten staatlichen Akteure an.



Ruslan Strilets, Minister für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine:

"Das Emissionshandelssystem wird nicht nur ein wirksames marktbasiertes Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels sein, sondern es wird ukrainischen Unternehmen auch ermöglichen, klimafreundliche Technologien einzuführen und auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben, auch mit der Einführung des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)."

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

GIZ Ukraine

Vorhaben "Unterstützung zur Einführung eines Emissionshandelssystems (ETS) in der Ukraine "

16b, Antonovycha Straße 01004 Kiew, Ukraine

T +38 044 594 07 63

F +38 044 594 07 64

I www.giz.de/ukraine

https://www.giz.de/de/weltweit/128511.html

Stand: Kiew, 10/2023

Gestaltung: Olessja Litwinowa

Graphik: © GIZ/E-design Lab

Bildnachweise Seite 2: © Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine

Text: Steffi Noelting

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)